



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Politischer Monatsbericht.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

bewahren, spricht sich der Verfasser über diese Frage der Zukunft nicht weiter aus, doch läßt seine sonstige Gesinnung, wie sehr er auch in Preußen die eigentlich berufene Schutzmacht der Bukarester Protestanten erblickt, erwarten, daß er die Autonomie seiner Gemeinde kräftig verteidigen wird. Vorläufig können wir als Freunde deutsch-protestantischen Wesens wenigstens hoffen, daß unter der gerechten und friedlichen Regierung des hohenzollernschen Fürsten unseren Landsleuten in Rumänien und dem ganzen Lande eine Zeit gedeihlicher Entwicklung anbrechen werde.

### Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, den 24. Juni.

Die Tage, welche das erste Halbjahr 1869 beschließen, laden unwillkürlich zu einer Rückschau über den Hauptinhalt desselben ein. Aber es scheint, wir sind im Großen und Ganzen gerade soweit wie vor sechs Monaten; eine ganze Anzahl von Ereignissen liegt hinter uns, aber kein einziges Resultat ist gewonnen, welches die Situation geklärt, der Ruhe des Welttheils Bürgschaft geboten hätte. Das Stimmengaukeln dauert fort, das Concert will nicht beginnen. Deutschlands Beziehungen zu den Nachbarn jenseits des Rhein und des Böhmerwaldes leben nach wie vor von der Hand in den Mund, und im Grunde genommen steht es ebenso um das Verhältniß des deutschen Volks zu der im Jahre 1866 neubegründeten Ordnung der Dinge. Nicht als ob zweifelhaft wäre, daß der norddeutsche Bund genügende Grundlagen seiner Existenz gewonnen hätte; aber seine zeitweiligen Formen drängen gewaltsam vorwärts in neue Bahnen und diese Bahnen sind durch zahllose Hindernisse, äußere wie innere, gehemmt.

Die Frage nach unserer Zukunft steht, so lange eine definitive Abrechnung mit Frankreich noch nicht stattgefunden, mit der Frage nach der Gestaltung der französischen Dinge im engsten Zusammenhang. In Paris aber hat jede vernünftige Rechnung längst aufgehört. Nachdem die Hauptwahlen für den gesetzgebenden Körper zu Gunsten des Imperialismus und des Radicalismus ausgefallen waren, siegte bei den Nachwahlen die kurz vorher deutlich desavouirte liberale Opposition. Ihren Siegen in der französischen Hauptstadt folgte eine Reihe tumultuarischer Auftritte, deren Bedeutung bis jetzt ebenso zweifelhaft geblieben ist, wie ihre Entstehung. — Während der gebildete Theil der Nation und die Presse darüber einig scheinen, daß das zweite Kaiserreich sich durch liberale Concessionen neue Lebensbedingungen schaffen müsse, stellt Napoleons Schreiben an den Baron Mackau sich auf den Standpunkt des non possumus und Alles, was von dem bevorstehenden Rücktritt der Rouher und Haußmann colportirt worden, ist gründlich Lügen gestraft. Den Pariser Straßenaufläufen sind ernsthafteste Arbeiterunruhen in den Bergwerken von St. Etienne parallel gelaufen und die öffentliche Meinung weiß nicht einmal, ob dieselben durch socialistische Umtriebe oder durch bittere Noth hervorgerufen worden sind. In Marseille feiern die Tischler, in Lyon die Bäcker, und es kann leicht geschehen, daß die Sorge um die sociale Frage demnächst die politischen Wirren ablöst. Haben beide Bewegungen doch schon seit geraumer Zeit nichts mehr mit einander gemein. „Der Kaiser geht in das Lager von Chalons“ lautet die letzte Nachricht aus Paris und den Con-

jecturen darüber, ob diese Reise eine Antwort auf die wachsende Volksverstimmung oder etwas Anderes bedeutet, ist Thor und Thür geöffnet.

So sieht es am entscheidenden Punkt im Westen aus. Im Südosten droht das Verlangen der Pforte nach Aufhebung der Capitulationen die durch die Pariser Conferenz mühsam hergestellte Ruhe zu stören. Der Artikel der „Turquie“, welcher den Entschluß des Sultans ankündigte, der Gerichtsbarkeit der Consuln auf die eine oder die andere Weise ein Ende gemacht zu sehen, ist weder zurückgenommen noch modificirt worden, und daß die russische Presse denselben als angedrohte Verletzung des Völkerrechts betrachtet hat, ist zunächst ohne Wirkung geblieben. Der Vicekönig von Aegypten hat der Pforte durch seine Reise an die europäischen Höfe, seine Einladungen zur Eröffnung des Suez-Canals und seine Vorschläge zur Neutralisirung dieser wichtigen Weltstraße der Zukunft, entschiedenem Mißtrauen eingefloßt, und da die Aufhebung der Consulargerichtsbarkeit in Aegypten eingeständenermaßen bereits Gegenstand von Verhandlungen ist, so glaubt der Sultan seinem übermächtigen Vasallen unter keinen Umständen einen Vorsprung lassen zu dürfen. Daß es für den Augenblick in den übrigen türkischen Vasallenstaaten ruhig ist und daß die griechischen Parlamentswahlen der Actionspartei des Erministers Bulgarijs den Boden unter den Füßen weggenommen haben, gibt den türkischen Staatsmännern die Hand frei und sie scheinen die Gunst dieser Pause ausbeuten zu wollen, schon weil sie wissen, daß dieselbe jeden Tag zu Ende gehen kann.

Die drei europäischen Großmächte, welche in der Erhaltung der Türkei ihr Interesse sehen und jedem am Bosphorus gethanen Schritt mit Aufmerksamkeit zu folgen pflegen, sind in den Juniwochen zu beschäftigt mit innern Fragen gewesen, um sich über die Capitulationsangelegenheit endgiltig zu äußern. Die französische Regierung hatte mit den Wahlmülten, den Arbeiterunruhen und den Arbeiten zur Revision der Zustände Algiers alle Hände voll zu thun, Oestreich theilt seine Aufmerksamkeit zwischen den Pesther Landtagsverhandlungen, dem Proceß des Bischofs von Linz und den Partekämpfen in Böhmen und Galizien. England hat über der Entscheidung der irischen Kirchenfrage nicht nur die bevorstehenden Verwickelungen im Orient, sondern auch den näher liegenden Alabama-Handel aus den Augen verloren.

Gerade weil in England alle Zweifel an dem allendlichen Geschick der unglücklichen irischen Staatskirche durch das Botum des Unterhauses ausgeschlossen waren, sah die Nation der Meinungsäußerung ihrer Pairs mit ungewöhnlicher Spannung entgegen. Unter andern Verhältnissen hätte die Gewißheit darüber, daß der Widerstand der Lords höchstens einen Aufschub in der Ausführung dieser wichtigen Maßregel bewirken könne, die Theilnahme der Nation beträchtlich abgeschwächt. Ist die Gewohnheit des Parlamentarismus doch auf unserem Continent noch so neu, daß alles Interesse sich darauf richtet, ob der Volkswille überhaupt berücksichtigt wird, die Frage nach den Modalitäten, unter denen seine Ausföhrung zu Stande kommt, eine untergeordnete ist. In ziemlich directem Gegensatz dazu, fragt das englische Volk in jedem Falle von Bedeutung nicht nur darnach, ob die parlamentarische Maschine ihre Aufgabe lösen wird, sondern wie die Qualität der aufgewandten politischen Arbeit gewesen. In diesem Sinne ist den Entschlüssen des Oberhauses mit ganz ungewöhnlicher, geradezu leidenschaftlicher Aufmerksamkeit entgegen gesehen worden, denn für einen großen Theil der Zuschauer handelte es sich darum, über die Lebensfähigkeit und Brauchbarkeit dieses Maschinentheils ein Urtheil zu gewinnen; die zweite Lesung der irischen Bill wurde geradezu als Probe dafür angesehen, was seit den letzten

großen Entscheidungen aus der Pairie geworden sei und ob sie sich noch als lebensfähig ausweisen werde. Brights bekanntes Schreiben an seine Wähler hat diese Frage so direct und in so rücksichtsloser Form aufgeworfen, daß bereits vielfach angenommen wurde, das Oberhaus werde sich als provocirt ansehen und seinem Aerger über des radicalen Ministers indiscrete Art durch eine energische Zurückweisung der Gladstone'schen Bill, Luft machen. Lagen doch für diese Annahme noch Gründe anderer Art in ziemlich bedeutender Anzahl vor. Die Hartnäckigkeit der toryistischen Wortführer Derby und Harroubh, welche die Sache wesentlich vom Standpunkt ihres Parteinteresses ansahen, traf mit einer altenglischen Tradition zusammen, die nicht nur nach Jahrhunderten zählt, sondern ihren Stammbaum aus den glorreichen Tagen Wilhelm's III. herleitet. In der beim Herzog von Malborough abgehaltenen Versammlung sprach die Mehrheit sich so entschieden zu Gunsten der Verwerfung aus, daß die Presse bereits die zunächst zu ergreifenden Maßregeln discutirte, und die Tage des großen Streites der beiden Häuser über die Parlamentsreform wiederzukommen schienen. Aber das Haus der Lords machte es nicht wie im October 1830, sondern wie im April des diesem vorhergegangenen Jahres: sie gab nach. Daß die Majorität dieses Mal nur 33 Stimmen (1829 waren es deren 105) zählte, und daß es nicht toryistische, sondern whigistische Minister waren, welche als Sieger aus dem Kampfe hervorgingen, waren übrigens nicht die einzigen Verschiedenheiten, welche damals und heute obwalteten. Vor vierzig Jahren waren die Versuche der Pairchaft, dem Rade der Zeit in die Speichen zu fallen, von einer Würde und Kraft getragen, nach deren Spuren man sich dieses Mal vergeblich um sah. Dieses Mal ist kein protestantischer Führer von dem Kaliber Eldons für den Fortbestand der „abgeschmacktesten Einrichtung, welche die Welt jemals gesehen“, in die Schranken getreten, Alles was die englische Pairie an Talenten aufzubringen vermochte, hat sich im Gegentheil für die Gladstone'sche Bill ausgesprochen und dadurch bewiesen, daß der erste Stand des Reichs wenigstens in seinen hervorragenden Repräsentanten heute genauer als damals weiß, daß er seine Stellung nur behaupten kann, wenn er sich mit dem Volk und dessen Bestrebungen identificirt. Die Schwäche der Derby'schen Ausführungen wird von den eigenen Parteigenossen ebenso eingeräumt, wie die Maßlosigkeit und blinde Festigkeit der Rede des Herzogs von Abercron, die sich hauptsächlich in Persönlichkeiten gegen Gladstone erging. Dagegen haben Russell und Salisbury dem Oberhause den Ruhm erworben, die im Unterhause zu Gunsten der Bill gesprochenen Reden an Glanz und Bedeutung übertroffen zu haben; ebenso hat der Bischof von St. David's bewiesen, daß der englische hohe Klerus nicht allein nach der Zurückhaltung jener Prälaten von Canterbury und York zu beurtheilen ist, „welche in prahlerischer Neutralität majestätisch hinter dem Woll sack und vor dem Thron standen, während über die Staatskirche das Loos geworfen wurde.“ Nicht minder bemerkenswerth ist, daß vierzig toryistische Pairs in der Stunde der Entscheidung auf die ministerielle Seite traten und daß einer der muthigsten Anwälte der Bill, Lord Salisbury, dem conservativen Lager angehört. — Das unerwartete Resultat, welches in der Nacht vom 18. auf den 19. Juni erzielt worden, wird den eigentlichen whigistischen Elementen des Cabinets wesentlich zu Gute kommen und dem noch immer nicht erstorbenen englischen Stolz auf die Erbweisheit seiner Pairie eine entschiedene Kräftigung bereiten. — Nachdem das Loos der Staatskirche Irlands entschieden worden, wird die durch die Ankunft des amerikanischen Gesandten Nothley Lothrop in eine neue Phase getretene Alabama-Angelegenheit einem neuen Lösungsversuch näher rücken

müssen. Die letzten Vorgänge in Paris leisten dafür Bürgschaft, daß es nicht französische Einflüsterung, sondern amerikanische Prahlerei gewesen ist, welche dem Senator Sumner seine drohende Rede dictirt hatte. Die Entschlossenheit und Eintracht, mit der Volk und Presse Englands erklärt haben, sie würden die Beurtheilung auch der Fehler ihrer Politik niemals in fremde Hände legen, hat jenfeit des Ocean einen gewissen Eindruck gemacht und die Drohung, Amerika werde Lord Russells Anerkennung der Conföderation als einer kriegsführenden Macht, zur Grundlage seiner Schadenstandsrechnung machen, ist bereits zurückgenommen. Immerhin bleiben noch Schwierigkeiten genug auszugleichen übrig, und es ist zunächst nur ein frommer Wunsch, wenn aus der Verzögerung, welche diese Angelegenheit erfahren, auf beiderseitige Bereitwilligkeit zu ihrer Ausgleichung geschlossen wird.

Auf das englische Tapet werden bei so bewandten Umständen die orientalischen Dinge wohl erst kommen, wenn Ismail Pascha über den Canal gesetzt ist. Seine Rundreise hatte der ägyptische Rhedive in Wien begonnen — wenige Tage bevor der Lenker der österreichischen Staatsgeschicke in die Ferien ging. Diese Ferien gelten indessen nur für das politische Leben der k. k. Haupt- und Residenzstadt und der wenigen Provinzen, welche noch von dieser Heil und Entscheidung erwarten. In Ungarn kann die Deakpartei es trotz des Sieges, den sie in der Adressdebatte erfochten, nicht zu einer die Situation beherrschenden Stellung bringen, in Galizien hat das der polnischen Sprache gemachte Zugeständniß den Muth und die Forderungen der Polen mächtig in die Höhe geschwollen, in Böhmen steht die czechische Agitation in voller Blüthe. Wenn Graf Beust wirklich darauf gerechnet hat, durch Einführung der polnischen Sprache in die galizische Administration eine ruhigere Haltung des polnischen Elements zu erkaufen, so kann er von der bisherigen Geschichte der polnischen Frage nicht all' zu viel gelernt haben. Die Dreitheilung der ehemals königlichen Republik hat dafür gesorgt, daß die eigentlich treibende agitatorische Kraft unsaßbar ist und jedes Mal dahin ihren Sitz verlegen kann, wo man im Augenblick die Gefahr beschworen zu haben glaubt. Die Erfahrung hat gelehrt, daß den Polen gemachte Concessionen jedes Mal den Boden, auf dem sie proclamirt wurden, zum Sammelplatz der rücksichtslos fortstürmenden Elemente machten. Im vorliegenden Fall scheinen überdies die Ruthenen, aus der Ruhe, in welche sie seit dem polnischen Fiasko des Lemberger Landtags gewiegt waren, aufgeschreckt worden zu sein. Russische Zeitungen wissen bereits von Meetings zu berichten, die abgehalten werden oder in Vorbereitung begriffen sind, und bei denen es sich darum handelt, möglichst energisch und vernehmlich gegen die von der Regierung ausgesprochene Entscheidung in der Sprachenfrage zu protestiren. Der üblich gewordene weitere Verlauf ist dann, daß die Polen um Repressivmaßregeln gegen das aufgestachelte Bauernvolk bitten und daß die Presse der russischen Hauptstädte für einige Wochen von Klagen über das harte Loos des verlassenen Bruderstammes überfließt. Die einzelnen polnischen Stimmen, welche sich bis jetzt für vertrauensvollen Anschluß an Oesterreich ausgesprochen haben, werden bald in diesem Tumult verhallt sein. — Die czechische Agitation in Böhmen hat ihre Zuflucht zur Legung von Petarden genommen, wahrscheinlich, weil ihr die sorgfältige Arbeit der jungczechischen Partei zu langsam geht. In einem andern Lande und unter andern Verhältnissen ließe sich hoffen, die verbrecherische Ueberstürzung der Prager Meuterer werde der Sache der Ruhe und Ordnung zu Gute kommen, zur Ausbeutung der von den Agitatoren begangenen Fehler führen und den Deutschen Gelegenheit geben, den besonnenen Theil der Bevölkerung unter ihr Banner zu sammeln. Aber die Deutsch-

böhmen haben gethan, was sie von jeher zu thun gewohnt waren, — sie haben nach der Polizei und nach Verstärkung der bewaffneten Macht gerufen und dieser überlassen, das Ansehen und den Einfluß des deutschen Namens wiederherzustellen.

Vielleicht den Elsaß allein ausgenommen, hat das deutsche Element an keinem der vielen Punkte, wo es mit fremden Völkern im Kampf liegt, eine so matte und apathische Haltung gezeigt, so viel an seiner prekären Lage mitverschuldet, wie in diesem Lande. Seit Jahr und Tag ist die Welt mit dem Lärm erfüllt, den die böhmischen Nationalparteien gemacht haben; die Deutschen vermochten es zu keiner einzigen öffentlichen Kundgebung ihres Entschlusses zu bringen, ihre Rechte auf diesem Boden zu behaupten, sie ziehen es vor, den ihnen angebotenen Kampf von den Organen der österreichischen Polizei aussechten zu lassen, und wundern sich hinterher noch, wenn die Slaven grade so handeln und reden, als hätten die deutschen Ansprüche auf Böhmen keinen anderen Titel, als das Habsburgische Hausinteresse anzuführen.

In Deutsch-Oestreich ist der Proceß des Bischofs von Linz das fast ausschließliche Tagesinteresse. Daß der Kaiser die Gerichte ihre Pflicht thun läßt, wird als Bürgschaft für ein analoges Verhalten in allen künftigen Conflicten mit der Kirche angesehen. Das katholische Tyrol, das einer Landtagsauflösung entgegensteht, hat in dem Landeshauptmann Haslwanger einen seiner rüftigsten Kämpen verloren, beobachtet in der Schulfrage aber nach wie vor seine ablehnende Haltung. — Die österreichische Diplomatie hat auch in den letzten Wochen bewiesen, daß sie unbekümmert um die inneren Nöthen des Kaiserstaates auf der Jagd nach auswärtigen Verwickelungen ist, natürlich solchen, welche einen preußisch-französischen Conflict beschleunigen könnten. In aller Stille hat der Staatskanzler in Brüssel wie in Paris zu verstehen gegeben, daß die von Belgien geäußerte Abneigung gegen eine Zoll-einigung mit Frankreich nicht darauf rechnen könne, an Oestreich einen Rückhalt zu gewinnen, daß die Napoleonischen Bestrebungen vielmehr von den besten Wünschen des Wiener Cabinets begleitet seien. Man wird sich das in London ebenso gut zu merken wissen, wie in Berlin und Brüssel.

Die Annäherung Oestreichs an Italien hat während des letzten Monats keine Fortschritte gemacht. In Florenz ist man zur Zeit auch kaum in der Lage, von Anerbietungen der einen oder der andern fremden Macht praktischen Gebrauch zu machen, denn die innere Auflösung nimmt beständig zu und findet in der Zerfahrenheit des Parlaments ihr getreues Widerspiel. Selbst der Versuch der bairischen Regierung, das italienische Staats- und Nationalinteresse gegen Ausschreitungen des nächsten ökumenischen Concils zu engagiren, hat kein entschiedenes Entgegenkommen gefunden, weil die Regierung von der Hand in den Mund lebt und zu tief in die Sorgen des Augenblicks verstrickt ist, um ohne dringende Nöthigung an die Zukunft zu denken. Vielleicht rechnet man darauf, daß die Curie überdies die katholischen Mächte fast ausnahmslos zu Gegnern haben wird, wenn sie die Kreise des Staatslebens zu stören versucht. Nicht nur, daß Frankreich Wien macht, seinen Eifer für das Erbgut Petri abzukühlen, daß der Papst mit Oestreich und Baiern in offenem Hader liegt, — in Spanien geht die ausschließliche Herrschaft des Katholicismus auf die Neige. Während die politische Zukunft dieses Staates trotz der feierlichen Verkündigung der Verfassung und trotz der Annahme des Regentenschaftsgesetzes grade so bewölkt ist, wie vor sechs und vor zwölf Monaten, und die Republikaner ihr Möglichstes thun, um ein friedliches Einleben in die neuen Verhältnisse zu stören, — ist auf kirchlichem Gebiet durch Annahme der Art. 20 und 21 des Verfassungsentwurfs ein großer Fort-

schrift errungen, die Freiheit des religiösen Bekenntnisses proklamirt und in aller Form anerkannt worden. Trotz des frechen Cynismus, mit welchem der Materialist Junner Del in das Feuer der Clericalen zu schütten versuchte, ist neben den beiden erwähnten Paragraphen noch ein Amendement zu denselben angenommen worden, welches bestimmt, daß die Confession auf die Verwaltung öffentlicher Aemter keinen Einfluß üben soll. Gute Beziehungen Rom's zu dem Cabinet von Madrid sind dadurch allein für die nächste Zukunft unmöglich geworden, denn nach neu-katholischem Maßstab fällt es nicht ins Gewicht, daß die Cortes das innige Verhältniß der spanischen Nation zur Kirche besonders betont und die Verpflichtung zur Erhaltung des Clerus ausdrücklich anerkannt haben.

Die Gerüchte, nach denen das römische Cabinet auf dem Wege war, das seit Jahr und Tag gestörte Verhältniß zu Rußland wiederherzustellen, haben sich weder direct noch indirect bestätigt. Weder hat der Papst bis jetzt in die Abhaltung russisch-katholischer Gottesdienste in den ehemals politischen Ländern gewilligt, noch ist Rußland von dem Sahe abgegangen, daß ein Verkehr zwischen der Curie und den Bischöfen nur statthast sei, wenn er durch das Petersburger Consistorium vermittelt werde, und der Bischof von Augustowo, Graf Lubieniski, wurde, weil er die Autorität dieser Kirchenbehörde bestritt, in ein Exil abgeführt, das bereits sein Grab geworden ist. Einer Verständigung der beiden streitenden Theile wird dieser Zwischenfall schwerlich zu Gute kommen. — Auch in den Ostprovinzen dauern die kirchlichen und nationalen Kämpfe fort; Prof. Schirren, ein verdienstvoller Dorpater Universitätslehrer, ist wegen einer Schrift, die die unveränderliche Rechtsgültigkeit der liv- und estländischen Privilegien von 1710 behauptete, aus dem Staatsdienst entlassen worden. Im äußersten Osten des ungeheuren Reichs ist ein Kalmückenaufstand ausgebrochen, der die Verbindung mit der neuen Provinz Taschkent für den Augenblick abgeschnitten hat und zu dessen Niederwerfung die erforderlichen Truppenkräfte nicht zur Stelle geschafft werden können. — In den Beziehungen Rußlands zum Auslande hat keine Aenderung stattgefunden; die nationale Presse kommt immer wieder auf ihr Lieblingsthema, die Alliance mit Frankreich zurück, begnügt sich zur Zeit aber, an den Ovationen Theil zu nehmen, zu denen die Urlaubsreise des kaiserlichen Gesandten in Constantinopel, Ignatjew, die Veranlassung gegeben hat. Der General gilt bekanntlich für die Verkörperung der „nationalen Politik“ im Orient.

Wenn wir von den deutschen Ereignissen des Juni 1869 reden, so müssen wir mit der Reise König Wilhelms nach Hannover und Bremen den Anfang machen. Die glänzende Aufnahme, die der preußische Monarch in seinen neuen Provinzen, der Schirmherr Deutschlands in der alten Hansestadt gefunden, beweisen, daß das Bewußtsein des ungeheuren Fortschritts, welchen die Sache der deutschen Einheit gemacht, bei dem Kern der Bevölkerung schwerer wiegt, als Erinnerungen einstiger Sonderherrlichkeit und als fadenscheinig gewordene historische Neminiscenzen. Gerade weil die schwierige und complicirte Arbeit an dem Ausbau und der Befestigung des neuen Deutschland nicht ohne Hindernisse und Stockungen vor sich geht, die unter den einmal gegebenen Verhältnissen die Befürchtung vor Differenzen unter den Bauleuten unvermeidlich nahe legen, ist es von Bedeutung, wenn das Volk eigenes Zeugniß dafür ablegt, daß ihm der Sieg des 1866 begonnenen Werks außer Zweifel steht, daß seine patriotische Empfindung unabhängig ist von den wechselnden und verschiedengefärbten Phasen der parlamentarischen Auseinandersetzung.

Wesentlich von diesen selben Voraussetzungen gehen die beiden Thronreden aus, mit denen Zollparlament und Reichstag am 22. Juni geschlossen worden sind. Wenn die Handelsverträge mit Japan und mit der Schweiz, da Vereinszollgesetze und das Gesetz über die Zuckerbesteuerung auch wichtig genug sind, um die Zusammenberufung des Zollparlamentes als keine vergebliche erscheinen zu lassen, so steht doch fest, daß das Scheitern der Tarifrevision für die Regierungen schwer genug wog, um die Befriedigung über jene Errungenschaften in den Hintergrund zu drängen. Noch ungünstiger stellte sich das Verhältniß von Erwartungen und Resultaten für die im Norddeutschen Bunde vertretenen Regierungen und ganz besonders für das Präsidium. Die neue Gewerbeordnung, der Militärvertrag mit Baden, das Gesetz über Beschlagnahme von Löhnen, das Oberhandelsgericht u. s. w. sind Errungenschaften, welche für das Volk von eminenter Wichtigkeit sind und sein werden: für den Bundesrath lag das Hauptinteresse der Session in dem Zustandekommen jener „Maßregeln zur Verminderung der Matrikularbeiträge“, welche sämmtlich zu Boden gefallen sind. Nichtsdestoweniger hat der Ton, der aus den beiden Thronreden herausklingt, andere Voraussetzungen, als Entmutigung und Verdruß über gescheiterte Pläne und Hoffnungen, und wenn am Schluß der zweiten Rede ausdrücklich hervorgehoben wird, daß das Bundespräsidium die Haltung des Reichstags als eine entgegenkommende ansieht, so ist damit festeste Bürgschaft gegen das Nabengekrächz geboten, welches den seit nunmehr drei Jahren vergeblich erwarteten „großen Conflict“ als bereits vorhanden proclamirt hatte.

Die Einzelverhandlungen beider parlamentarischer Körper haben sich, gerade wo es die entscheidenden Fragen galt, um eine solche Fülle technischer Details gedreht, daß an dieser Stelle von einem Generalurtheil ebenso wenig die Rede sein kann, wie von einem die allgemeinen Gesichtspunkte berührenden Ueberblick. Hervorgehoben muß nur werden, daß das Scheitern der Präsidialwünsche für die Tarifreform auf wesentlich anderen Ursachen beruht, wie die Abwerfung der dem Reichstage vorgelegten Steuervorlagen. Die Erklärung des Präsidiums, sie mache die Petroleumsteuer zur *conditio sine qua non* der Tarifreform, schnitt die weiteren Verhandlungen über diese Frage in einem Zeitpunkt ab, in welchem von der Mehrzahl der Parlamentsglieder an der Möglichkeit einer Verständigung festgehalten wurde. Die Verhandlungen mit dem nächsten Landtage werden zeigen, ob man wohl daran gethan, mit einer so raschen Entschließung vorzugehen und dem 21. Juni den Schluß des Zollparlamentes auf den Fuß folgen zu lassen.

Mit **Nr. 27** beginnt diese Zeitschrift ein **neues Quartal**, welches durch alle **Buchhandlungen** und **Postämter** zu beziehen ist.

**Leipzig**, im Juni 1869.

**Die Verlagsbandlung.**

Verantwortliche Redacteurs: **Gustav Freytag** u. **Julius Eduardt**.

Verlag von **F. L. Herbig**. — Druck von **Güthel & Wegler** in Leipzig.